

Die Ergebnisse von Cancun

Cancun, Vaduz

Das wohl wichtigste Ergebnis von Cancun ist die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des multilateralen Entscheidungsprozesses, insb. nach dem Scheitern von COP 15 in Kopenhagen. Für diesen Erfolg ist in erster Linie die umsichtige Konferenzleitung der mexikanischen Regierung, insb. durch Aussenministerin Patricia Espinosa verantwortlich. Letztere gewährleistete einen offenen und transparenten Verhandlungsprozess der letztlich zur Annahme der Cancun Beschlüsse durch 193 der 194 Vertragsstaaten führte.



Auch der Umgang mit dem auf Blockade gerichteten Bolivien verdient Erwähnung. Ging man bislang davon aus, dass UN Beschlüsse im Konsens (ergo: einstimmig) getroffen werden (müssen) sollen, wurde hier in der letzten Konferenznacht wohl Völkerrechtsgeschichte geschrieben, als COP Präsidentin Espinosa entgegen dem Einspruch Boliviens die Cancun Beschlüsse als angenommen erklärte:

„Consensus requires that everyone is given the right to be heard and have their views given due consideration, and Bolivia has been given this opportunity. Consensus does not mean that one country has the right of veto, and can prevent 193 others from moving forwards after years of negotiations on something that our societies and future generations expect.“

Bolivien kündigte noch in der selben Nacht an, die Beschlüsse vor dem UN Gerichtshof in Den Haag anfechten zu wollen.



Die Beschlüsse an sich haben sowohl positive wie auch negative Aspekte.

So ist es den Vertragsstaaten während COP 16 gelungen, elementare Inhalte des „Copenhagen Accords“ in den UNFCCC Prozess zu bringen (2 Grad Ziel, Fast und Longterm Finance). Zudem wurden mit der Etablierung eines „Massnahmenregisters“, der Schaffung von Grundlagen für MRV Regeln, der Entscheidung zu REDD sowie mit der Errichtung des Green Climate Fund Meilensteine gesetzt, welche über den „Copenhagen Accord“ noch hinausgehen.

Insbesondere die Entscheidung zum REDD Mechanismus, welcher dem globalen Entwaldungstrend entgegenwirken soll, könnte schon bald zu ersten Marktauswirkungen führen. Die Frage ob der Waldschutz über den Emissionshandel oder durch Fondslösungen finanziert wird, soll 2011 im Zusammenhang mit der Langfristfinanzierung geklärt werden. Die Situation des REDD+ Mechanismus ist wohl vergleichbar mit derjenigen zum CDM in Kyoto 1997, wobei es hier 4 Jahre dauerte bis in den Marrakech Accords in 2001 die tatsächlichen Regeln und Bedingungen festgelegt wurden.

Daher könnte es auch bei REDD noch 2 Jahre dauern bis klare Anreize für Investitionen im Forstbereich gegeben werden bzw. Anreize entstehen, die relevante Summen mobilisieren werden.

Die Ergebnisse zu den Arbeiten unter dem Kyoto Protokoll sind wohl als enttäuschend zu beurteilen. Ob es eine zweite Verpflichtungsperiode unter dem KP geben wird ist auch nach Cancun nicht geklärt. Der Umstand, dass die bisherigen THG-Reduktionsangebote der Industriestaaten nicht in den KP Beschluss eingearbeitet wurden, sondern diese lediglich zur Kenntnis genommen wurden (als „developed countries’ voluntary quantified emission reduction pledges“), ist Ausdruck eines Kompromisses zwischen den Kyotobefürworter und – gegnern welcher unter dem vielsagenden Begriff der „konstruktiven Zweideutigkeit“ firmierte. Hiernach sollen die Industriestaaten (mit Ausnahme der USA) die zweite Verpflichtungsperiode des KP zügig zu Ende verhandeln, so dass es zu keiner Lücke zwischen beiden Perioden kommt. Allerdings soll offen bleiben, ob die Reduktionsziele dann unter dem KP festgeschrieben werden oder ob die Verhandlungsergebnisse in einem grösseren gemeinsamen Rahmenabkommen, inklusive Schwellenländer und USA, festgeschrieben werden. Diese Entscheidung, welche im Dezember in Durban, Süd Afrika getroffen werden soll, wird wohl den entscheidenden Grundstein für einen zukünftigen Weltklimavertrag legen.

Kontakt

info@klimastiftung.li

www.klimastiftung.li